

drucken wir einige Zitate ab. Die „Kreuzzeitung“ schreibt:

Gewiß mag dem Könige von Sachsen das harte Wort schwer genug geworden sein. Aber er hat es ausgesprochen um seines Volkes willen, um den Keim der Entfremdung zwischen Fürst und Volk zu beseitigen. Und er hat für die Mahnung an sein Volk eine Sprache gewählt, die in ihrer Väterlichkeit hoffentlich ihren Eindruck nicht verfehlen wird.

Ebenso den „Hamburger Nachrichten“:

Damit ist endlich das richtige Wort in der widerwärtigen Angelegenheit durch den autoritativsten Mund gesprochen worden. Das moralische Zuhältertum, das innerhalb und außerhalb Sachsens die Sache der vormaligen Kronprinzessin vertrat, die Sezessionisten in Sittlichkeit und Anstand, müssen nun entweder ihre „Gelbin des freien Menschentums“ — oder wie der Unsinn sonst lauten mag — preisgeben, oder sie offen als Vertreterin der „freien Liebe“ — um keinen unparlamentarischen Ausdruck zu gebrauchen — feiern.

Und die „Deutsche Zeitung“ wettet gar in folgender Weise:

Der „Vorwärts“ rühmt den angeblichen Wahrheitsmut der früheren Kronprinzessin, der sich darin bekundet habe, daß sie sich offen zu ihrer früheren Leidenschaft bekannte; dieser Wahrheitsmut habe die gefallene Frau achtungswürdig gemacht. Eine solche Verzerrung und Verlotterung der sittlichen Begriffe ist vom christlichen Standpunkte geradezu unverständlich; wir können nur annehmen, daß der Herr, der das geschrieben hat, weder Christ noch Deutscher ist. Die Ehebrecherin hat ihre Leidenschaft nur deswegen offen bekannt, weil sie ihr im geheimen nicht genügend huldigen konnte. Sie hat nur deswegen Haus und Herd, Gatten und Kinder verlassen, damit sie mit dem Burschen, den ihre Leidenschaft zum Opfer außerloren hatte, immer und ungestört zusammen sein konnte. Nachdem die Leidenschaft verrückt ist, hat sie den Burschen laufen lassen. Und das nennt man Wahrheitsmut, der eine Ehebrecherin achtungswürdig macht! Auch das „Berliner Tagebl.“, das ja bekanntlich weder deutsch noch christlich ist, nimmt an den Worten des Erlasses Anstoß und kann es nicht verstehen, daß über die tief gefallene Frau der Stab gebrochen wird. Es ist allerdings richtig, daß in den Kreisen des „Berl. Tagebl.“ solche Verfehlungen entschuldigt zu werden pflegen. Dann wirft das genannte jüdische Blatt die Frage auf, weshalb die frühere Kronprinzessin gefallen sei, und ob es kein Mittel gegeben habe, sie besser zu hüten. Das ist eine Heuchelei, die geradezu empören muß. Früher hat dasselbe Blatt die heftigsten Vorwürfe gegen den sächsischen Hof erhoben, weil er angeblich die lebenslustige und leidenschaftliche Kronprinzessin viel zu sorgsam gehütet hatte; jetzt wird gewissermaßen der gegenteilige Vorwurf gemacht. Und wie sinnlos ist dieser Vorwurf! Wenn eine reife, gebildete, kluge Frau, eine Mutter von fünf Kindern, in der höchsten menschlichen Stellung sich nicht selbst hüten kann, wer soll sie hüten? Außerdem ist es doch längst bekannt und die frühere Kronprinzessin hat selbst kein Hehl daraus gemacht, daß sie nicht die Verführte war, die der Hütung bedurfte. Wir haben diese Pressenäußerungen nur niedriger gehängt, um zu zeigen, wie weit die Verwilderung und Verlotterung der sittlichen Begriffe gegangen ist. Wir geben uns aber der sichereren Hoffnung hin, daß die ehrlichen, herzlichen, warmen und warmen Worte des königlichen Erlasses allenthalben im Volke den Eindruck erwecken, den hervorzurufen sie bestimmt waren.

Diese Hoffnung teilen wir von ganzem Herzen, ohne freilich rechtes Zutrauen zu haben. Denn wenn man beobachtet hat, wie selbst der hienverbrannteste Reporterklatsch williges Ohr beim Publikum findet, so wird es schwer, sich etwas vorzustellen, das so dumm wäre, daß es keine Gläubige fände. Daher denn auch der Klatsch, der sich über Entstehung des Aufruhrs und gar über die Wirkung auf die Kronprinzessin erhoben hat, sich größter Beliebtheit erfreut. Man schämt sich manchmal wirklich in die Seele des Publikums hinein, das gar nicht merkt, wie unendliche Verleumdung darin liegt, daß gewisse Blätter seiner Kritiklosigkeit auch den saulsten Sensationschwandel zu verdauen zumuten.

Doch genug von diesem traurigen Kapitel, bei dem man manchmal ernsthaft darüber nachdenken muß, ob die Prinzessin oder ein gewisses Publikum darin die traurigere Rolle spielen!

Der Kaiser wird am 30. April, nicht schon am 28. April, wie es geheißsen hatte, in Bückeburg eintreffen, um an der daselbst stattfindenden Feier der Vermählung des Großherzogs von Sachsen-Weimar mit der Prinzessin Karoline von Meuß ä. U. teilzunehmen. Die Kaiserin kommt indessen nicht mit nach Bückeburg. — Fürst-Regent Heinrich XIV. von Meuß ä. U. stattete dieser Tage von Dresden aus einen kurzen Besuch am Berliner Hofe ab.

Prinz Adalbert von Preußen, der dritte Sohn des Kaiserpaars, ist nach bestandener Seeoffiziers-Hauptprüfung am Sonnabend von Kiel in Berlin eingetroffen. Der Prinz wird daselbst einen längeren Urlaub verbringen.

Die Wiedergenesung des deutschen Kronprinzen von den Masern macht erfreuliche Fortschritte.

Der Reichstag brachte am Freitag die tags zuvor begonnene Erörterung des Etats des Auswärtigen Amtes zum Abschluß. Allerdings trat die Freitagssitzung gegenüber der Debatte in der vorangegangenen Sitzung an Bedeutung und Interesse entschieden zurück, da die letztere von den bemerkenswerten Erklärungen des Reichskanzlers Grafen Bülow über Venezuela, den Dreieund und Mazedonien beherrscht war, während die Auseinandersetzungen über den Etat des Auswärtigen Amtes, welche die Freitagssitzung zeitigte, durchaus nicht mehr den Charakter einer hochpolitischen Erörterung trugen. Zunächst sprach der Sozialdemokrat Bernstein; er verbreitete sich über die Anarchisten, die Herr Bernstein als eine ziemlich harmlose Sekte hinstellte, über die mazedonischen Wirren, über die Armenier, und die gedrückte Lage der Juden in Rumänien. Abg. Dr. Dertel (son.) vermochte den Ausführungen des sozialistischen Redners über die Anarchisten und über die Lage der rumänischen Juden nicht zuzustimmen; im übrigen behandelte er hauptsächlich die Forderungen der Berliner Diskontogesellschaft, als der Erbauerin der großen venezuelanischen Eisenbahn, gegenüber Venezuela. Ueber dieses Thema ließ sich dann der Staatssekretär des Äußern, v. Richtigosen, näher aus, auch Abg. Dr. Baasche (nat.-lib.) sprach hierüber, gegen Dr. Dertel polemisierend. Dann gelangte durch den Sozialdemokraten Grabnauer die Angelegenheit der Auslieferung einiger Personen seitens der deutschen Regierung an Rußland auf's Tapet. Neben dem Abgeordneten Grabnauer versuchten auch die Abgeordneten Ledebour (Soz.) und Schrader (r. Vereinig.) nachzuweisen, daß die Reichsregierung in den betreffenden Auslieferungsfällen nicht korrekt gehandelt habe, während Staatssekretär v. Richtigosen die Handlungsweise der Regierung verteidigte. Schließlich wurde der Titel: „Gehalt des Staatssekretärs“ bewilligt, die übrigen Positionen des Etats des Auswärtigen Amtes fanden debattelos nach den Kommissionsbeschlüssen Erledigung. Am Sonnabend besaßte sich der Reichstag zunächst mit dem Kolonialetat.

Die Osterferien des Reichstages sollen am 24. März beginnen, vorausgesetzt, daß bis dahin der Reichshaushaltsetat definitiv unter Dach und Fach gebracht ist. Man darf dies wohl hoffen, da die Budgetkommission des Reichstages am Freitag die Vorberatung des Etats zum Abschluß gebracht hat. Es handelte sich noch um die Beschlussfassung über die Zuschußanleihe und die außerordentlichen Deckungsmittel. Die hierbei von der Budgetkommission am Freitag gefaßten Beschlüsse verringern das Reichsdefizit um annähernd 60 Millionen Mark, mithin wird die aufzunehmende Zuschußanleihe nur noch ca. 160,5 Millionen Mark betragen. Schließlich genehmigte die Kommission noch den bislang restierenden Titel 4 der „Stempelabgaben“.

Im preußischen Abgeordnetenhaus haben am Donnerstag und Freitag wieder lebhaftere „Polendebatten“ stattgefunden, in Gestalt der Beratung über die im Etat des Finanzministeriums geforderten Stellenzulagen für die Beamten in den Ostmarken und über die im Kultusetat enthaltenen Zulagen für die Lehrer und Lehrerinnen in den Ostmarken. Namentlich am Freitag trugen diese Verhandlungen einen recht lebhaften Charakter infolge der überaus heftigen Aussätze des Polen-Glembek gegen die neue Polenpolitik der preußischen Regierung und gegen das Germanisierungswerk des ehemaligen Deutschritterordens in den heutigen Provinzen Westpreußen und Posen. Nicht minder scharf war die „Abfuhr“ gehalten, welche Finanzminister v. Rheinbaben dem polnischen Schwadronneur zu Teil werden ließ und in der Herr v. Rheinbaben besonders den gewaltigen Fortschritt hervorhob, den die Provinz Posen unter der Hohenzollernherrschaft im Vergleich zu

den vorangegangenen Zeiten gemacht hat. Das Endergebnis der Debatten war, daß das Haus die genannten Zulagen gegen die Stimmen des Zentrums, der Polen und teilweise auch der Freisinnigen bewilligte. Hiermit ist zugleich der Kultusetat zur Erledigung gelangt.

Der neue Erzbischof von Köln, Dr. Fischer, hat im Anschlusse an seine dieser Tage stattgehabte feierliche Inthronisation seinen ersten Hirtenbrief erlassen. Derselbe ist vom Geiste echt christlicher Milde und Toleranz getragen und kann darum nur die besten Hoffnungen hinsichtlich des Wirkens des nunmehrigen Oberhirten der Kölner Erzbischöfe erwecken.

Die Prinzessin Luise von Toskana soll ungemein erregt infolge des ihr zur Kenntnis gekommenen Erlasses ihres Schwiegervaters, des Königs Georgs, sein, in welcher Kundgebung sie bekanntlich als eine im Stillen längst tiefgefallene Frau bezeichnet wurde. Indessen befreit man in der Umgebung der Prinzessin entschieden, daß sich dieselbe, wie es hieß, mit Selbstmordgedanken trage.

In Pest haben am Freitag anlässlich des Todestages des Patrioten Kossuth größere Straßenunruhen seitens der Studenten stattgefunden. Die chauvinistisch erregten Rußensöhne forderten u. A. das Ausstecken von Trauerfahnen bei einer ganzen Reihe von Gebäuden, die keinen solchen Trauerschmuck trugen. Es kam zu öfteren Zusammenstößen zwischen der Polizei und den Studenten, wobei auf beiden Seiten mehrere Verletzungen zu verzeichnen waren. Außerdem geriet bei dem besonders heftigen Zusammenstoß vor dem Klublokal der Unabhängigkeitspartei ein Kind unter die Hufe eines Pferdes und wurde getötet. Die Tumulte dauerten bis in den Abend hinein und hatten die Verhaftung von im ganzen 41 Studenten zur Folge. Ministerpräsident v. Selli erschien noch am späten Abend im Polizeipräsidium und ließ sich vom Stadthauptmann Rudny Bericht über diese Vorfälle erstatten. Jedenfalls beweisen dieselben abermals, daß in der ungarischen Hauptstadt der magyarische Chauvinismus neuerdings wieder bedenklich in's Kraut schießt.

In Frankreich ist nach der für das radikale Ministerium Combes günstigen Entscheidung in der Deputiertenkammer betreffs der Kongregationen zunächst eine kleine Ruhepause in den parlamentarischen Ereignissen eingetreten. Die Generaldiskussion über das Budget, welche der Senat am Freitag begann und auch beendete, verlief in sehr harmloser Weise.

Ueber die Lage auf der Balkanhalbinsel verbreitet sich eine telegraphische Berliner Mitteilung in der „R. Z.“ Laut derselben arbeiten die Behörden in Mazedonien mit Eifer an der Durchführung der verschiedenen Reformen, vermutlich infolge der neuesten scharfen Reklamation Rußlands bei der Pforte. Auch soll es Hilmi Pascha, dem mit der Oberaufsicht über das Reformwerk betrauten Kommissar der Pforte, gelungen sein, die Albanesen einigermaßen zu beruhigen. Dagegen dauert das Bandenwesen in Mazedonien fort, da immer frischer Zuzug aus Bulgarien kommt, die Reformverheißungen an die Mazedonier haben da offenbar noch keine besondere Wirkung gezeitigt. Die Berliner Mitteilung in der „R. Z.“ will denn auch wissen, daß alle Mächte darin einig zu sein schienen, es müsse der Pforte freie Hand zur Unterdrückung des Bandenwesens gelassen werden. Zuletzt erwähnt die Mitteilung den vom offiziellen Pariser „Temps“ Griechenland gegebenen Rat, mit den slavischen Balkanvölkern gemeinsame Sache gegen die Türkei zu machen, und betont, dieser Rat stünde im Gegensatz zur russischen Balkanpolitik und zur amtlichen Zustimmung des Ministers Delcassé zu den russischen Reformplänen für Mazedonien. Da übrigens zur Zeit die türkisch-griechischen Beziehungen bekanntlich geradezu intime geworden sind, so erscheint schon hieraus eine etwaige antitürkische Kooperation Griechenlands mit den christlichen Balkanstaaten ausgeschlossen.

Der heimgekehrte Chamberlain wird in England noch immer anlässlich seiner glücklichen Rückkehr aus Südafrika gefeiert und geehrt. Am Freitag wurde ihm in Guildhall vom Lordmajor eine Willkommens- und Glückwunschsadresse überreicht. Chamberlain nahm dieselbe tief gerührt entgegen und hielt eine Rede, in welcher er seinen optimistischen Ansichten bezüglich Südafrikas erneut Ausdruck gab. Von der Guildhall aus versagte sich der Kolonialminister und der Lordmajor im feierlichen Zuge nach dem Mansion House, wo unter Teilnahme vieler Staatswärtenträger ein Festkränzchen zu Ehren Chamberlain's „stieg“. Natürlich fehlte auch hier die obbligate Rede Chamberlain's nicht; in derselben ermahnte er die Kolonien zu größeren Opfern für das Reich.

den
Hals
die
der
zahl
mit
Wet
unte
mar
pau
Ber
zeiten
Tran
müht
werd
Pul
stanz
trete

B
heute
helms
zu G
gleit
bert.
Prinz
wurde
Belleg
Krieg
Auch
Kranz
B
veröff
lden,
gesche
Et
m in i
treter
Er leg
bahnm
Genera
seine
fahren
Naturbe
weist
Naturbe
Deutsch
Teil org
Professo
sonders
schon
richtig
in hohen
viele An
diesen, in
und Heil
Befremde
in erster
weise un
Die Bede
bahneamt
dann noch
approbier
besitzt eine
Sanatoriu
des Prins
Zeit aufste
Für
gese
aus ange
bestätigt
vorhanden.
Bundesrat
Bundesrat
die vom
hebung des
Die
Februar bei
eingelaufen
wählen eine
Posten von
Wasserlante
Wahlkreis
4000 W.
Singer stellt
reicherer Her
Heines wohn
das Charakte
nicht: aus
Anzahl Beitr
viel mehr an
getroffen. D
„Genossen“
wählen ein
„Pulver“ wi
Führern im